

Wilhelm Hofmeister

Die deutschen Christdemokraten und Chile

Chile besitzt in den internationalen Beziehungen der "Christlich-Demokratischen Union" Deutschlands seit vielen Jahren eine besondere Bedeutung. Mit Ausnahme einiger europäischer Länder waren und sind die Beziehungen der deutschen Christdemokratie wohl zu keinem anderen Land der Erde so eng wie zu Chile. Der wesentliche Grund dafür ist das enge Beziehungsgeflecht zu der 1957 in Chile gegründeten christlich-demokratischen Partei, die ein "natürlicher" Partner deutscher Christdemokraten ist und über die Jahrzehnte, trotz interner Spannungen und Spaltungen und trotz der wechselhaften politischen Rahmenbedingungen, Beständigkeit bewiesen hat.¹ Die Übereinstimmung in zentralen weltanschaulichen und politischen Grundüberzeugungen (trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in wichtigen programmatischen Fragen, vor allem in zurückliegenden Jahrzehnten) sowie die immer wieder neu belebten und begründeten persönlichen Beziehungen zwischen maßgeblichen Repräsentanten beider Parteien tragen dazu bei, dass diese Bindungen bereits in der dritten Generation weitergegeben werden. Die tatkräftige Solidarität der deutschen Christdemokraten mit ihren chilenischen Parteifreunden in der Zeit der Pinochet-Diktatur hat die beiderseitigen Bindungen bestärkt.

An der Ausgestaltung der Beziehungen zu Chile waren und sind verschiedene Organe der CDU beteiligt: die Partei- und Fraktionsführung, einzelne Parteivereinigungen, insbesondere die "Christdemokratische Arbeitnehmerschaft" (CDA), die Jugend- und Studentenorganisationen "Junge Union" (JU) und "Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) sowie wichtige Einzelpersonlichkeiten. Daneben leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung als Einrichtung aus dem Umfeld der CDU einen besonderen Beitrag zur Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Christdemokraten aus Deutschland und Chile.

¹ Zur Entwicklungsgeschichte der PDC vgl. Wilhelm Hofmeister (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn/München/Wien/Zürich.

1. Beziehungen während der Ära Adenauer

Konrad Adenauer und Eduardo Frei, die beiden zentralen Führungspersonlichkeiten in der Gründungsphase der deutschen CDU bzw. der chilenischen PDC, haben persönlich den Grundstein für das enge beiderseitige Verhältnis ihrer Parteien gelegt. Frei besuchte 1959 zum ersten Mal die Bundesrepublik Deutschland und konnte hier u.a. den Bundeskanzler über die politische Situation seines Landes informieren. Zwar hatte die deutsche Bundesregierung ab 1949, nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl Deutschstämmiger in Chile, an die traditionell guten beiderseitigen Beziehungen angeknüpft. Doch Frei war 1959 "nur" Repräsentant einer jüngst gegründeten, noch recht unbedeutenden Partei mit ungewisser Zukunft und die CDU pflegte zum damaligen Zeitpunkt nur spärliche außereuropäische Kontakte. Das Zusammentreffen von Frei und Adenauer war daher bemerkenswert und deutete bereits an, dass sich die CDU künftig stärker für Lateinamerika interessieren würde.

Die Verbundenheit mit Chile zeigte sich in der unbürokratischen und schnellen Hilfe der Bundesregierung nach der großen Erdbebenkatastrophe, die im Mai 1960 schwerwiegende Verwüstungen im Süden Chiles anrichtete. Die Bundesrepublik stand mit ihrer Erdbebenhilfe für Chile zusammen mit Kanada an zweiter Stelle nach den USA. Zudem wurde aus Mitteln des Entwicklungsfonds im Juli 1960 eine deutsche Expertendelegation entsandt, die bei der Wiederaufbauplanung helfen sollte. Außenminister Gerhard Schröder (CDU) war Mitte 1960 selbst in Chile, um sich über die Zerstörungen zu informieren. In den Folgejahren hat er sich für die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit, die noch im Auswärtigen Amt ressortierte, eingesetzt.

Doch es waren nicht nur die traditionellen landsmannschaftlichen Bindungen, die das Verhältnis zu Chile bestimmten. Die Christdemokraten und Eduardo Frei erschienen deutschen Kommentatoren und nicht zuletzt Politikern aus der CDU als die einzige Alternative, um die Machtübernahme des Marxisten Allende in dem südamerikanischen Land zu verhindern. Dass Chile zu Beginn der sechziger Jahre nach Reformen schrie und nach mehr sozialer Gerechtigkeit verlangte, wurde auch von denen gesehen, die ein Wahlsieg des Kandidaten der Volksfront bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 als Katastrophe für Lateinamerika befürchteten. Die CDU entschloss sich daher, Frei und die PDC in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Mit großer Erleichterung und Zufriedenheit wurde denn auch der Wahlsieg Eduardo Freis innerhalb der CDU und von eher konservativen Beobachtern zur

Kenntnis genommen. Demgegenüber gab es natürlich auch kritische Kommentare, nicht zuletzt im Hinblick auf die Rolle der CDU.² Damit war das Verhältnis der CDU zu Chile zum ersten Mal Gegenstand der innenpolitischen Diskussion in Deutschland.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU schrieb Konrad Adenauer in seinem Glückwunschtelegramm an Eduardo Frei: "Die erste Christlich-Demokratische Präsidentschaft in Lateinamerika ist für die christlichen Demokraten in aller Welt eine große Hoffnung".³ Neben dem Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Gewandt reiste, begleitet von der Kritik der Opposition an diesem bisher ungewöhnlichen Aufwand, auch der damalige Bundesfamilienminister Bruno Heck im November 1964 zur Amtseinführung von Eduardo Frei nach Santiago. Und nachdem die PDC bei den Parlamentswahlen im März 1965 eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer errang, wurde die staatliche Entwicklungszusammenarbeit intensiviert. Bereits im Juli 1965 kam Präsident Frei zu einem fünftägigen Staatsbesuch nach Deutschland, wo er mit Bundeskanzler Ludwig Erhard und Mitgliedern des Bundeskabinetts weitgehende Kooperationsprogramme vereinbarte. Seit 1959 belief sich zu diesem Zeitpunkt die Entwicklungshilfe für Chile auf 210 Mio. DM; davon entfielen 100 Millionen auf die Erdbebenhilfe von 1960, 70 Millionen waren 1964 vereinbart worden und weitere 70 Millionen im Februar 1965. Zudem trafen im Juli 1965 die ersten 15 deutschen Entwicklungshelfer in Chile ein.

Einige Kommentare zum Deutschlandbesuch von Frei behaupteten, die europäischen und chilenischen Christdemokraten hätten "nicht viel mehr als den Namen mit der jungen Partei Chiles gemein".⁴ Diese Einschätzung wurde auch später immer wieder einmal sowohl in Deutschland als auch in Chile geäußert und manche Kommentatoren fragten, was denn diese beiden Parteien so eng verbinde, wo sie doch so unterschiedlicher Auffassungen, besonders hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen, verträten. Besonders die chilenische Rechte konnte sich in der Zeit der Pinochet-Diktatur nicht erklären, wieso die deutsche Christdemokratie die chilenische PDC unterstützte und nicht die liberale Wirtschaftspolitik der Militärregierung.

Darin zeigt sich eine grundlegende Fehleinschätzung der CDU. Denn innerhalb der Partei gab es stets sehr viel Verständnis dafür, dass die chilenischen Christdemokraten angesichts der sozialen Situation in ihrem Land

² Vgl. *Der Spiegel* vom 10.9.1964.

³ *Deutschland Union Dienst* vom 9.9.1964.

⁴ *Die Welt* vom 19.7.1965.

eigene Wege suchen und finden müssten, um die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen zu überwinden. So erklärte die CDU zum Staatsbesuch von Eduardo Frei im Juli 1965:

Er kann darauf rechnen, für die Probleme seines Volkes und die Ziele seiner Regierung aus seiner Europareise auch hier vollstes Verständnis und die Bereitschaft zu weitgehender Unterstützung zu finden. [...] Bei der "Revolution in Freiheit", wie er sein Programm der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seines Landes nennt, mit der er die Gefahren des Kommunismus wie die Hindernisse einer überholten Gesellschaftsstruktur überwinden will und das sich entscheidend für ganz Südamerika auswirken kann, wird ihm die Bundesregierung weitgehend ihre Hilfe angedeihen lassen.⁵

Und wie zur Bekräftigung der programmatischen Nähe zwischen CDU und PDC folgt in der gleichen Presseerklärung der Satz "Präsident Frei [...] ist von der sozialen und freien Marktwirtschaft Deutschlands sehr beeindruckt". Dabei war klar, dass dieses Konzept nicht einfach auf Chile übertragen werden konnte. Doch weil CDU und Bundesregierung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation frühzeitig erkannten, dass die Ausbreitung des Marxismus/Kommunismus in Lateinamerika nur durch soziale Reformen zu verhindern war, haben sie das Projekt von Frei und der PDC nachhaltig unterstützt.

Trotz der Vertiefung der Kontakte zwischen CDU und PDC und trotz der intensiveren entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zeichnete sich ab 1966 ein Thema ab, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern und insbesondere die Toleranz der CDU stark belastete: die mögliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Chile. Im September 1966 hatten sich Senatoren und Abgeordnete aus Chile, darunter auch Christdemokraten, in einer gemeinsamen Erklärung für die Aufnahme "beider deutscher Staaten" in die UNO ausgesprochen.⁶ Damit hatten sie einen neuralgischen Punkt im damaligen Selbstverständnis der Bundesrepublik getroffen. Der Botschafter der Bundesrepublik protestierte energisch gegen diese Erklärung, weil dies die Anerkennung der DDR implizierte. Dennoch scheint man sich auch in der CDU allmählich auf entsprechende Schritte der chilenischen Regierung eingestellt zu haben. So ließ Außenminister Brandt schon bei einem Besuch in Santiago im Oktober 1968 erkennen, dass die Bundesregierung eine Anerkennung der DDR keinesfalls zu einer Bedingung für die Gewährung von Hilfe machen würde. Freilich dauerte es noch einige Zeit, ehe die – neue –

⁵ *Deutschland Union Dienst* Nr. 135 vom 19.7.1965.

⁶ Vgl. *dpa* Nr. 243 vom 16.9.1966.

chilenische Regierung diesen Schritt auch vollzog. Doch selbst dann war die Reaktion der CDU gegenüber Chile eher zurückhaltend.

Freilich haben die politischen Vorgänge in Deutschland gegen Ende der sechziger Jahre – das Ende der Großen Koalition und der Regierungsverlust der CDU – die Aufmerksamkeiten sehr stark auf innenpolitische und dann auch auf das Thema der Ostpolitik gelenkt, so dass seitens der CDU im Vorfeld der chilenischen Wahlen von 1970 keine größeren Aktivitäten zur Unterstützung der PDC und ihres Kandidaten Radomiro Tomic entfaltet wurden. Für Tomics Wahlkampfstrategie, sich von der Regierung Frei mit radikalen Forderungen bzw. Versprechungen zu distanzieren, gab es wenig Verständnis; die Siegchancen von Tomic wurden in Deutschland als gering eingeschätzt. Die Wahlniederlage der PDC löste daher bei der CDU keine Überraschung aus.

Die CDU war ab Oktober 1969 in Deutschland Oppositionspartei. Ihre Beziehungen zu Chile bzw. zur PDC müssen für die nächsten 13 Jahre, d.h. die Allende-Regierung und mehr als die Hälfte des Pinochet-Regimes, auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen und bewertet werden. Die Möglichkeiten einer direkten Einflussnahme auf die Haltung der deutschen Bundesregierung waren bis Ende 1982 recht gering. Zudem sind viele Aktivitäten einer Oppositionspartei auch in der deutschen Öffentlichkeit nicht sehr deutlich wahrgenommen worden. Gerade deshalb ist es bemerkenswert, wie intensiv sich die Kontakte zur chilenischen PDC in den nächsten Jahren, besonders nach dem Putsch vom 11. September 1973, entwickelten. Begünstigt wurde dies nicht zuletzt durch den technischen Fortschritt: Die Flug-, Telefon und Telefaxverbindungen zu Chile verbesserten sich zunehmend, so dass die große Entfernung zwischen beiden Ländern schneller überwunden und die Kontakte leichter hergestellt werden konnten. Dies erleichterte zweifellos die Information über die Entwicklung in Chile – und auch den Meinungsstreit im eigenen Land. Denn Chile wurde vor allem in den siebziger Jahren wiederholt zu einem Angelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland.

2. Die CDU und die Regierung von Salvador Allende

Nach der Amtseinführung von Präsident Allende bestand innerhalb der CDU, wie ja durchaus auch in Teilen der Bundesregierung aus SPD und FDP, eine große Skepsis gegenüber dem sozialistischen Experiment der *Unidad Popular*. Dennoch wurde die Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem Land uneingeschränkt unterstützt. Der ent-

wicklungspolitische Sprecher der CDU, Walter Leisler Kiep, besuchte Chile im November 1970 und empfahl danach, die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen fortzusetzen – selbst wenn das Land die DDR anerkennen sollte. Das schien ohnehin unvermeidlich, nachdem dieser Schritt im außenpolitischen Programm von Allende angekündigt worden war. Als daher die Regierungen von Chile und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Datum vom 6. April 1971 informierten, löste das bei der CDU keine größere Überraschung aus. Kritisiert wurde nicht Chile sondern die Bundesregierung, die ein klares Konzept im Hinblick auf die DDR-Anerkennung vermissen ließe, was nun auch von anderen Staaten zu erwarten wäre.

Zum Zeitpunkt der Anerkennung der DDR rückte eine andere Debatte mehr und mehr in den Vordergrund: die Besorgnis der CDU über die Wirtschaftspolitik in Chile und in diesem Zusammenhang auch der Umgang der Regierung Allende mit deutschen Firmen und Investitionen sowie gegenüber den Deutschstämmigen im Land, die von Enteignungen betroffen waren. Deutschland war Ende der sechziger Jahre wichtigster Handelspartner Chiles und größter Abnehmer chilenischen Kupfers. Das Handelsvolumen betrug 1969 1,3 Mrd. DM, die deutschen Exporte beliefen sich auf 317 Millionen, die Investitionen deutscher Firmen auf 260 Mio. DM. Es gab somit hinreichende deutsche Interessen, bei deren Vertretung auch eine deutsche Partei eine Rolle spielen konnte. Die Enteignungen und Betriebsbesetzungen in Chile, die von dortigen Regierungsparteien veranlasst und von der Regierung geduldet wurden, aber zum Teil keine gesetzliche Grundlagen hatten, riefen bei der CDU zunehmende Besorgnis hervor. Auch innerhalb der Bundesregierung verschlechterte sich die Stimmung gegenüber dem Andenstaat zunehmend.⁷

Der zunehmend kritischeren Haltung der CDU/CSU entsprach in Chile die zunehmend kritischere Einstellung der PDC gegenüber der Regierung Allende. Nachdem Allende angesichts seines knappen relativen Wahlsieges von 36,6% erst mit den Stimmen der PDC im Kongress zum Präsidenten gewählt worden war und die Christdemokraten durchaus zu einer Zusammenarbeit mit ihm bereit waren, haben die wirtschafts- und gesellschaftspo-

⁷ Außenminister Scheel mahnte während eines Besuches seines chilenischen Kollegen die Entschädigung enteigneter Deutscher an (vgl. *Bonner Rundschau* vom 9.9.1971) und Wirtschaftsminister Schiller setzte im Frühjahr 1972 die Hermes-Exportbürgschaften für Chile aus (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 9.2.1972, *Die Zeit* vom 3.3.1972, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.4.1972).

litischen Maßnahmen, die zunehmende Mobilisierung und Verschärfung innenpolitischer Konflikte sowie die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die PDC in die Opposition gedrängt. Die CDU sah sich dadurch in ihrer kritischen Haltung bestätigt, doch wurde seitens der Partei keine größere Chile-Debatte veranlasst. Im Juli 1973 gab es zwar Kritik aus der CDU-Fraktion an einer neuen Kredithilfe in Höhe von 45 Mio. DM, weil man darin eine direkte Unterstützung sozialistischer gesellschaftspolitischer Maßnahmen sah, die auch in anderen Ländern nicht gefördert würden; dennoch sprach sich die CDU/CSU-Fraktion für die Fortsetzung entwicklungspolitisch sinnvoller Projekte aus. Bis zum Putsch vom September 1973 hat die CDU keine besonderen Chile-Aktivitäten entwickelt. Erst der Putsch rückte Chile ins Zentrum der parteipolitischen Auseinandersetzungen.

3. Die CDU und der Staatsstreich vom 11. September 1973

Die Nachrichten über den Staatsstreich in Chile vom 11. September 1973 wurden in Deutschland unterschiedlich aufgenommen. Die Einschätzung der Ursachen des Putsches und der Situation des Landes führte wiederholt zu heftigem innenpolitischem Streit. Die CDU dagegen erklärte den Putsch vor allem mit der innenpolitischen Situation Chiles, dem wirtschaftlichen Niedergang, den zunehmenden Konflikten, der fehlenden Legitimation Allendes sowie der Tatsache, dass dieser selbst die Militärs ins Kabinett geholt hatte.⁸ Der Putsch wurde von der CDU nicht verteidigt, doch als nahezu zwangsläufige Folge der politischen Entwicklung verstanden. Dagegen übernahm die SPD, die bis dahin keine besonders privilegierten Beziehungen zu den chilenischen Sozialisten unterhalten hatte, weil diese viel engere Kontakte zur SED der DDR pflegten, sehr rasch die international von Parteien der politischen Linken vertretene Sichtweise, wonach Allende das Opfer eines Komplotts des Imperialismus geworden wäre. Allende wurde mit seinem Tod zu einem Mythos, sein vermeintlicher Selbstmord wurde entschieden bestritten. Alle aber, die diese Sichtweise nicht vertraten, gerieten in den folgenden Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik seitens der Sozialdemokraten.

Dieses Konfliktmuster zeigte sich bereits anhand der ersten Reaktion aus der CDU auf die Nachrichten vom Staatsstreich in Chile. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Karl Carstens, erklärte, damit sei das Experiment gescheitert, Marxismus und freiheitlich demokrati-

⁸ Vgl. *Deutsches Monatsblatt* Nr. 9, September 1973.

sche Grundsätze zu vereinen.⁹ Die SPD sah darin eine Entschuldigung des Putsches. Die CDU-Parteiführung gab zunächst keine Erklärungen ab. In den ersten Tagen nach dem Putsch versuchte sie Informationen über die Vorgänge in Chile zu erhalten. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU unterstützte die Haltung der Bundesregierung, keine Hilfe zu gewähren solange geschossen werde; danach sollte humanitäre Hilfe gewährt werden.¹⁰

Am 1. Oktober 1973 erklärte das CDU-Präsidium:

Die CDU bedauert den gewaltsamen Umsturz der demokratisch gewählten und verfassungsmäßigen Regierung in Chile. Sie unterstützt die Haltung der Christlichen Demokraten und verurteilt die Missachtung der Menschenrechte durch die Militärdiktatur. Die Union lehnt eine Politik der Gewalt, wo immer sie praktiziert wird, entschieden ab. Deshalb fordert sie die jetzigen Machthaber in Chile auf, entsprechend der demokratischen Tradition ihres Landes die Verfassung wieder voll in Kraft zu setzen und die Wahl einer demokratischen Regierung zu gewährleisten. [...] Die CDU hält die Aufhebung des Verbots der demokratischen Parteien in Chile für eine zwingende Notwendigkeit.¹¹

In der innenpolitischen Auseinandersetzung wurden solche Stellungnahmen aber kaum registriert. Seit der Erklärung von Karl Carstens warf die SPD der CDU die Unterstützung des Putsches vor. Wortführer der Sozialdemokraten war der parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Hans Matthöfer, der bis zuletzt einer der vehementesten Parteigänger der Allende-Regierung war. Zudem wird man in Rechnung stellen dürfen, dass das Thema Chile ein willkommener Anlass war, den politischen Gegner in der innenpolitischen Diskussion unter Druck zu setzen.

Das zeigte sich insbesondere im Rahmen der Debatte um die Einschätzung der Lage in Chile durch Bruno Heck, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, der im Oktober 1973 im Auftrag der Fraktion Chile besuchte, um sich vor Ort über die Lage zu informieren. Bruno Heck war durch die Arbeit der Stiftung und seine langjährigen Kontakte mit chilenischen Christdemokraten gut mit der Situation des Landes vertraut. In seinem Bericht beschrieb er die bürgerkriegsähnliche innenpolitische Situation in Chile und die ruinöse Wirtschaftslage, und er kam zu dem Schluss: "Die Mehrheit, die große Mehrheit des chilenischen Volkes wollte den Bürgerkrieg nicht. Deswegen hat sie das Eingreifen der

⁹ Vgl. *dpa* Nr. 190 vom 12.9.1973; *Bonner Rundschau* vom 13.9.1973.

¹⁰ Vgl. *dpa* Nr. 333 vom 4.10.1973.

¹¹ Vgl. *CDU Presse Mitteilungen* vom 1.10.1973; vgl. auch *Frankfurter Rundschau* vom 2.10.1973.

Streitkräfte gewünscht oder doch als letzten Ausweg toleriert”.¹² Während der Pressekonferenz zur Vorstellung seines Berichtes beschrieb Heck auch seinen Besuch im Stadion von Santiago, in dem 4.000 Häftlinge untergebracht waren. Er führte u.a. aus, dass selbst nach Angaben aus Militärkreisen 40% der Häftlinge unschuldig seien, die Unterbringung der Gefangenen beschrieb er als “ausgesprochen schlecht”, so das Zitat in der Meldung der *Deutschen Presseagentur*; bei Regen und Kälte sei das Leben der Häftlinge “unerträglich und scheußlich”, doch würden sie von den Wachsoldaten “ordentlich behandelt”.¹³ In der *dpa*-Meldung und in manchen Zeitungsmeldungen wurden diese Ausführungen in Form einer ausgewogenen und kritischen Beschreibung der Haftbedingungen wiedergegeben.¹⁴ In der *Süddeutschen Zeitung* wurde die Beschreibung Hecks allerdings so dargestellt, als verharmlose er die Situation der Häftlinge, und er wurde mit dem Satz zitiert: “Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm”.¹⁵ Damit war Heck zum “Verharmloser” und Verteidiger der Militärjunta abgestempelt, was nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die CDU mit dem Vorwurf der Unterstützung des Putsches und des Pinochet-Regimes vorgebracht wurde. Heck selbst versuchte zwar, diesen Satz in den richtigen Zusammenhang zu stellen und deutlich zu machen, dass seine Schilderung der Verhältnisse im Stadion in ihr Gegenteil verkehrt wurden.¹⁶ Doch dafür fand er kein Gehör mehr. Das (Vor-)Urteil war bereits unerschütterlich.

In diesem Klima der Vorwürfe gegen die CDU, die sich bald auch gegen die chilenischen Christdemokraten richteten, war eine nüchterne und unvoreingenommene Information über die Lage in dem Land zunächst nicht möglich. Der ehemalige chilenische Präsident Eduardo Frei sollte im November 1973 zu einem CDU-Parteitag in Hamburg kommen. Linke Gruppierungen erhoben dagegen ihren Protest und bezeichneten Frei als Wegbereiter des Putsches. Der Besuch Freis wurde schließlich kurzfristig abgesagt. Dennoch wurde während des Parteitages eine kontroverse Chile-Debatte erwartet, weil insbesondere die CDU-Sozialausschüsse eine deutlichere Kritik an der Militärregierung erwarteten.

¹² Heck stellte seinen Bericht am 17.10.1973 vor; er ist nachzulesen in Union in *Deutschland, Informationsdienst der CDU*, Nr. 40 vom 18.10.1973.

¹³ *dpa* Nr. 138/133 vom 17.10.1973.

¹⁴ Vgl. z.B. *Bonner Rundschau* vom 18.3.1973.

¹⁵ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 18.10.1973.

¹⁶ Vgl. die Stellungnahme Hecks in *BPA-Abt. Nachrichten, SWF74.11.73 – Wort zur Politik* vom 4.11.1973.

Im Januar 1974 besuchte eine Delegation der CDU-Bundestagsfraktion eine Gefangeneninsel im Süden Chiles. In ihrem Abschlussbericht hoben die Abgeordneten hervor, dass sie sich nicht von den angeblich humanen Haftbedingungen, die ihnen vorgeführt wurden, beeindrucken ließen. Sie forderten eine Rückkehr zur Demokratie. Zugleich teilten sie die Einschätzung der chilenischen Christdemokraten, dass im Zusammenhang des Putsches etwa 3.000 Menschen umgekommen waren. Hans Matthöfer und einer SPD-Delegation sprachen dagegen von 15.000 Toten. Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Putsch hat die von der demokratischen Regierung Aylwin ins Leben gerufene Kommission für "Wahrheit und Gerechtigkeit" die Zahl der Toten und Verschwundenen auf ca. 3.000 beziffert.

4. Die CDU und die Regierung von General Augusto Pinochet (1973-1990)

Die Verurteilung des Militärputsches und die Ablehnung der Militärregierung durch die CDU steht außer Frage. Die Partei folgte in ihrer Lageeinschätzung im Wesentlichen der Linie ihrer chilenischen Parteifreunde. Die Kontakte mit führenden Repräsentanten der PDC, aber auch mit zahlreichen anderen Chilenen, darunter in Deutschland exilierte PDC-Mitglieder wurden intensiviert. Die Parteivereinigungen und parteinahen Einrichtungen führten in den folgenden Jahren zahlreiche Chile-bezogene Maßnahmen durch, die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte so weit als möglich Christdemokraten und PDC-nahe Einrichtungen in Chile und im Rahmen ihres Stipendienprogramms wurden viele junge Christdemokraten gefördert, von denen ein nicht geringer Teil später wichtige Funktionen in der neuen demokratischen Regierung übernehmen sollten. Der Vorsitzende und das Präsidium der CDU sowie führende Parteimitglieder haben sich immer wieder für die Achtung der Menschenrechte und die Rückkehr Chiles zur Demokratie eingesetzt. Die CDU bewies wie wohl keine andere Partei Loyalität und Solidarität mit ihren chilenischen Parteifreunden.

Die Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie und die Solidarität mit der chilenischen Schwesterpartei blieben die beiden zentralen Elemente der Chile-Politik der CDU nach 1973. Die Parteiführung hat diese Linie klar und unmissverständlich beibehalten. Innerhalb der Partei hatte diese Linie eine einhellige Unterstützung, auch wenn manche Politiker oder Vereinigungen diese Linie in unterschiedlicher Tonlage vertraten. Die "Christlich Demokratische Arbeitnehmervereinigung" (CDA), die "Junge Union" (JU) und insbesondere auch der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS)

unternahmen viele Solidaritätsaktionen, unterstützten exilierte Gewerkschafter und Christdemokraten und denunzierten die Menschenrechtsverletzungen in Chile.

Neben den Solidaritätsaktionen und gelegentlichen Besuchen von CDU-Politikern in Chile waren die führenden chilenischen Christdemokraten regelmäßig, meist auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in Deutschland, um ihre deutschen Parteifreunde über die aktuellen Entwicklungen in ihrem Land zu unterrichten. Daneben hatten die chilenischen Christdemokraten wohl nur noch mit der italienischen *Democrazia Cristiana* ähnlich enge und kontinuierliche Kontakte. So war beispielsweise der ehemalige Präsident Eduardo Frei im Juni 1976 bei dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl; ein Jahr später, im September 1977, besuchte der PDC-Vorsitzende Andrés Zaldívar mit einer kleinen Delegation seinen CDU-Kollegen. Die Besuche hatten häufig konkrete politische Aktionen zur Folge.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat wiederholt seine Unterstützung und Solidarität mit den chilenischen Christdemokraten demonstriert. Am 18. August 1976 richtete Kohl ein Telegramm an Pinochet, in dem er gegen die "Verletzung elementarer Menschenrechte" durch die chilenische Regierung und die Zwangsexilierung von fünf Juristen, die sich für die Menschenrechte in dem Land einsetzten, scharf protestierte und zugleich Freiheit für das chilenische Volk forderte.¹⁷ Ein weiteres Mal richtete Kohl am 27. September 1977 einen offenen Brief an den Diktator; er prangerte die Verletzung der Menschenrechte an und forderte "eine wirkungsvolle Respektierung der grundsätzlichen Rechte und Freiheiten aller Chilenen und die Wiedereinführung des Rechtsstaates" und zugleich eine Aufhebung des kurz zuvor ausgesprochenen Verbots der PDC in Chile sowie die Rückerstattung ihres konfiszierten Eigentums.¹⁸ Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte Kohl auf, seinen offenen Brief zu unterschreiben.

Wenige Wochen später war Chile wieder einmal Mittelpunkt der innenpolitischen Debatten in Deutschland. Der CSU-Vorsitzende Strauss hatte es sich nicht nehmen lassen, aus Anlass der Jubiläumsfeier zum 125. Jahrestag der deutschen Einwanderung nach Chile zu reisen. Seit März 1977 hatte sich im Bundestag eine heftige Diskussion darüber entwickelt, ob deutsche Politiker an dieser Veranstaltung im Süden Chiles teilnehmen sollten. Auch in

¹⁷ Vgl. *Deutschland-Union Dienst*, Pressedienst der CDU und CSU vom 16.8.1976. Unter den Exilierten befand sich der stellvertretende PDC-Vorsitzende und ehemalige Justizminister Jaime Castillo.

¹⁸ Vgl. *Kölnische Rundschau* vom 28.9.1977.

der CDU gab es vereinzelte Stimmen, die sich unter Verweis auf die Bedeutung der Einwanderer für die Entwicklung des Landes und die traditionell engen Bindungen für eine Teilnahme einer Delegation des Deutschen Bundestages aussprachen. Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende reiste schließlich im November 1977 nach Chile, wo er auch mit General Pinochet zusammentraf. In Deutschland wurden diese Reise und einige Äußerungen von Strauss, in denen er Verständnis für den Putsch ausdrückte, von den Regierungsparteien SPD und FDP und einigen Medien scharf kritisiert. Der Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Helmut Kohl unterstrich im Rahmen dieser Debatte, dass die CDU/CSU für die Respektierung der Menschenrechte überall in der Welt eintrete, und er hob die Passagen der Strauss-Äußerungen in Chile hervor, in denen dieser sich für die Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie ausgesprochen und die Notwendigkeit funktionsfähiger Parteien und verantwortungsbewusster Gewerkschafter für eine Demokratie betont hatte. Vom CDU-Bundesvorstand wurde, vor allem auf Betreiben des CDA-Vorsitzenden Norbert Blüm und des JU-Vorsitzenden Matthias Wissmann, eine Resolution verabschiedet, in der die Verletzung der Menschenrechte in Chile angeprangert wurden.

Die Volksabstimmung in Chile, die General Pinochet Anfang Januar 1978 veranstaltete, um der Weltöffentlichkeit die vermeintliche Unterstützung der Bevölkerung für sein Regime vorzuführen, war ein weiterer Anlass für die CDU, ihre Stimme zugunsten einer Rückkehr zur Demokratie in dem südamerikanischen Land zu erheben. Neben Presseerklärungen veranstaltete vor allem der RCDS einige Solidaritätsaktionen. Deren Wirkung darf man nicht unterschätzen, auch wenn solche Aktionen letztlich keinen unmittelbaren Einfluss auf die Haltung des Regimes in Chile nehmen konnten. Für die Opposition in Chile war es wichtig, dass sie internationale Unterstützung erhielt. Dadurch blieben einige wenige Freiräume offen, die das Regime nicht ganz verschließen konnte.

Das Verbot des Wochenmagazins *Hoy* durch die Militärjunta im Juli 1979 führte zu CDU-Protesten. Im gleichen Monat reiste der JU-Vorsitzende Wissmann an der Spitze einer 14-köpfigen Delegation wieder einmal nach Chile, um die anhaltende Solidarität der CDU mit den chilenischen Christdemokraten zum Ausdruck zu bringen. Wissmann lehnte bei dieser Gelegenheit einen Wirtschaftsboykott gegen Chile ab, weil das letztlich nur den ohnehin benachteiligten Gruppen schade. In Deutschland veranstalteten JU

und RCDS nach der Reise einige Aktionen, in denen sie sich für die Freilassung junger Chilenen einsetzten.

Die Volksabstimmung vom 11. September 1980 über eine neue Verfassung, die sich General Pinochet hatte ausarbeiten lassen und in der er die Termini für einen Übergang zur Demokratie festlegte, war ein erneuter Anlass für öffentliche Chile-Aktionen der CDU. Besonders die CDA, die JU und der RCDS führten viele Veranstaltungen durch, auf denen in Deutschland lebende Chilenen über die Situation in ihrem Land berichten und die ablehnende Haltung der PDC Chiles gegenüber dem Plebiszit erläutern konnten.

Erneut setzte sich die CDU-Spitze vernehmlich gegen die Verletzung der Menschenrechte in Chile ein, nachdem im August 1981 wieder einmal führende Repräsentanten der PDC, darunter der Parteivorsitzende Andrés Zaldívar, des Landes verwiesen wurden. CDU-Generalsekretär Geissler protestierte in einem Telegramm an General Pinochet gegen diese Willkürmaßnahme und führte aus, dass das Regime damit die politische Mitte zerstöre und der Konfrontation zwischen links- und rechtsgerichteten Extremisten Vorschub leiste. Wenige Monate später empfing der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl den mittlerweile im spanischen Exil lebenden Zaldívar und versicherte ihm einmal mehr der Solidarität der CDU Deutschlands.

Diese Einstellung haben die CDU und ihr Vorsitzender beibehalten, nachdem Helmut Kohl ab September 1982 deutscher Bundeskanzler war. So empfing er Anfang Mai 1983 den in Chile gewählte neuen PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdés, um sich über die Situation im Land unterrichten zu lassen. Dieser Besuch fand unmittelbar vor den "Nationalen Protesttagen" statt, mit denen ab dem 11. Mai 1983 in Chile die sich allmählich vereinigende Opposition in Form von Massendemonstrationen das Regime zu erschüttern versuchte. Angeführt wurden diese Protesttage von den christdemokratischen Gewerkschaftsführern Rudolfo Seguel und Manuel Bustos. Der Parteivorsitzende Valdés und weitere führende Parteimitglieder wurden nach dem 3. Protesttag im Juli 1983 verhaftet. Dagegen protestierte CDU-Generalsekretär Geissler nachdrücklich und drohte, wenn die Verhafteten nicht alsbald wieder freigelassen würden, werde dies nicht ohne Konsequenzen auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile bleiben. Der Bundeskanzler hat sich persönlich für eine umgehende Freilassung des PDC-Vorsitzenden eingesetzt. Bemerkenswert ist dabei, dass sich auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ausdrücklich ohne jeden Vorbehalt hinter die Proteste von CDU-Generalsekretär Geissler stellte. In

Deutschland kam es somit, im gleichen Maße und etwa zum gleichen Zeitpunkt wie in Chile, zu einer Annäherung der Position der beiden großen Volksparteien. Freilich gab es weiterhin noch einige innenpolitische Auseinandersetzungen über die "richtige" Haltung gegenüber Chile, z.B. anlässlich der Debatte um die Lieferung von zwei U-Booten an das südamerikanische Land im April 1984. Zwar hatte die SPD-geführte Bundesregierung den Verkauf der U-Boote mit den chilenischen Militärs fest vereinbart, doch die SPD-Fraktion forderte nun die CDU-geführte Bundesregierung auf, die U-Boote nicht auszuliefern. Nach heftiger Debatte im Bundestag erfüllte die Bundesregierung den Liefervertrag, wobei sie deutlich machte, dass die U-Boote sicher nicht gegen Demonstranten eingesetzt werden könnten.

Als Regierungspartei hat die CDU ihre Aktivitäten für die Rückkehr zur Demokratie in Chile und gegen die dortigen Menschenrechtsverletzungen eher noch verstärkt. Nachdem das Regime einige Reiseerleichterungen gewährte, nahm die Besuchsdiplomatie zu. Ab 1983 war mindestens einmal pro Jahr eine CDU-Delegation in Chile, um sich aus erster Hand zu informieren und die Solidarität vor allem mit der PDC deutlich zu machen. Für diese Partei waren solche Besuche von großer Bedeutung. Im Dezember 1983 besuchte Generalsekretär Geissler erstmals das Land und erhob danach schwere Vorwürfe gegen die Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik der Militärregierung. Der CDA-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich wiederholt für die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter eingesetzt. Dieses Thema blieb in der CDU aktuell. Und so hat die Bundesregierung, nicht zuletzt auf Bitten der CDU-Abgeordneten Karl Lamers und Werner Schreiber am 7. Dezember 1984 der Resolution zur Menschenrechtslage in Chile und der Verurteilung des chilenischen Regimes in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zugestimmt.

Neben diesen Resolutionen hat die CDU ab Mitte der achtziger Jahre verstärkt darauf hinzuwirken versucht, den Demokratisierungsprozess in dem südamerikanischen Land mit friedlichen Mitteln voranzutreiben. Deshalb sollten die Christdemokraten als wichtigste demokratische Partei des Landes gestärkt werden. Das stand im Mittelpunkt eines erneuten Besuches des PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdés in Deutschland im September 1985. Bei einem Besuch von Bundesarbeitsminister Blüm in Chile im Januar 1986 wurden weitere konkrete Maßnahmen der Bildungsarbeit und des Jugendaustausches besprochen. Nach seiner Rückkehr kritisierte Blüm einmal mehr die Repression der Opposition durch das Militärregime. Wenige Tage nach diesem Besuch stellte CDU-Generalsekretär Geissler eine Dokumentation

der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor, in der die Entwicklung des Landes seit dem Putsch von 1973 sowie vielfältige Menschenrechtsverletzungen ausführlich beschrieben und kommentiert werden. Der Bundesregierung empfahl Geissler, mit allen geeigneten Mitteln auf das Pinochet-Regime zugunsten einer friedlichen Öffnung einzuwirken. Eine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten forderte General Pinochet im Juli 1986 in einem Telegramm auf, einen Dialog mit der demokratischen Opposition über einen friedlichen Übergang zu führen. Wie wenig der General jedoch geneigt war, diese Petitionen aus der CDU zu erfüllen, zeigte sich wenige Wochen später bei einem Besuch von CDU-Generalsekretär Geissler in Chile. Dieser wollte 13 Oppositionsführer, vorwiegend Christdemokraten, im Gefängnis besuchen, ist daran aber gehindert worden. Sein Versuch, mit Vertretern der Regierung zu sprechen, ist abgelehnt worden. Geissler hat eine Studentin besucht, die zusammen mit einem jungen Mann von Uniformierten während eines Streiks mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet worden war. Auch eine Frau, die bei einem Bombenattentat militanter Pinochet-Gegner verletzt worden war, besuchte er im Krankenhaus. Bei diesen Besuchen unterstrich Geissler seine Meinung, dass Pinochet und seine militanten Gegner einander in die Hände arbeiten und die Kräfte der Mitte aufreiben wollten.

Aus Anlass des 13. Jahrestages des Militärputsches gab es am 11. September 1986 eine Debatte im Deutschen Bundestag, bei der CDU und SPD weitgehende Einigkeit in der Einschätzung der Situation in Chile, der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und des Belagerungszustandes und der Forderung nach einem Übergang zur Demokratie demonstrieren. Die immer stärkere Zusammenarbeit der Opposition in Chile im Rahmen der *Alianza Democrática* führte auch zu einer Annäherung der politischen Einschätzung in Deutschland.

Allerdings gab es im Juni und Juli 1987 noch einmal eine intensive Chile-Debatte, bei der unterschiedliche Positionen bezogen wurden. Anlass war das Todesurteil gegen 14 Angehörige der "Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) in Chile, denen mehrere bewaffnete Überfälle und Morde, u.a. von Polizisten, zur Last gelegt wurden. Die SPD forderte politisches Asyl für sie; die SPD-regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen boten sich zur Aufnahme der Chilenen an. Innerhalb der Bundesregierung entspann sich darüber eine schwierige Diskussion. Während sich Arbeitsminister Blüm und auch Außenminister Genscher dafür einsetzten, die Verurteilten notfalls durch Gewährung von Asyl von der Todesstrafe zu retten, wollte

der für Asylfragen zuständige Innenminister Zimmermann (CSU) die Aufnahme der Chilenen eher vermeiden; er erhielt für seine Position auch Unterstützung einiger CDU-Abgeordneter. Arbeitsminister Blüm reiste noch während dieser Debatte im Juli nach Chile, wo er sich einmal mehr für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rückkehr zur Demokratie einsetzte. In einem direkten Gespräch mit General Pinochet machte Blüm deutlich, dass es kein Verständnis für Folter geben könne. Für ein Regierungsmitglied war dies ein ungewöhnlich mutiger Auftritt. Vom bayrischen Ministerpräsidenten Strauss wurde Blüm zwar wegen seiner Aussagen und Auftritte in Chile kritisiert, doch CDU-Generalsekretär Geissler und andere CDU-Repräsentanten unterstützten Blüm. Auch Bundeskanzler Kohl schaltete sich schließlich in die Auseinandersetzung ein und erklärte, dass die Erkenntnisse von Blüm, der seine Reise in Abstimmung mit ihm durchgeführt habe, in die abschließende Bewertung der Bundesregierung einfließen würden; allerdings gäbe es vorerst noch kein Entscheidungsbedarf in der Asylfrage, weil das Urteil in Chile noch nicht rechtskräftig wäre. Kohl fügte u.a. hinzu: "Es ist die gemeinsame Aufgabe der CDU Deutschlands, sich für die Wahrung der Menschenrechte auf der ganzen Welt einzusetzen. Das hat Norbert Blüm gerade in Chile getan; das tut mit gleichem Nachdruck Heiner Geissler". Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende hat damit einmal mehr die Haltung der CDU gegenüber der Diktatur in Chile bekräftigt. Nach dieser Erklärung war der Disput zwischen CDU und CSU beendet. Innenminister Zimmermann hat im Oktober seine ablehnende Haltung gegen ein eventuelles Asyl für die Chilenen aufgegeben.¹⁹

In den folgenden Monaten rückte mehr und mehr die Vorbereitung auf das von General Pinochet angesetzte Plebiszit über eine weitere Verlängerung seiner Regierung in den Mittelpunkt der CDU-Aktivitäten. Im November 1987 reiste CDU-Generalsekretär Geissler anlässlich einer Präsidiumssitzung der "Christlich Demokratischen Internationale" nach Chile und forderte dort seine chilenischen Parteifreunde auf, eine klare personelle und inhaltliche politische Alternative zu General Pinochet und seiner Regierung zu suchen. Zugleich setzte er sich für die Teilnahme an dem Plebiszit und die Eintragung der Chilenen in die Wahlregister ein. Wiederum prangerte er während seines Besuches Menschenrechtsverletzungen an und er setzte sich für einige inhaftierte Regimegegner ein. Damit hatte Geissler die politische Linie der nächsten Monate vorgegeben: auch wenn in Chile innerhalb der

¹⁹ Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 7.10.1987.

Opposition und selbst innerhalb der christdemokratischen Partei zu diesem Zeitpunkt die Teilnahme an dem Plebiszit, das am 5. Oktober 1988 stattfand, keineswegs beschlossene Sache war, setzte sich die CDU sehr stark dafür ein, dass die PDC ihre Legalisierung im Rahmen der noch immer restriktiven Parteigesetzgebung und ihre Teilnahme an dem Volksentscheid vorantriebe, weil dieses Plebiszit bis auf Weiteres die einzige Möglichkeit wäre Pinochet abzulösen und die PDC nur so ihren politischen Führungsanspruch als stärkste politische Kraft des Landes unter Beweis stellen könne. Zumindest diejenigen Sektoren innerhalb der Partei – und dazu gehörte der im August 1987 wieder zum Parteivorsitzenden gewählte Patricio Aylwin –, die für die Teilnahme an dem Plebiszit eintraten, wurden durch diese Haltung der CDU unterstützt.

Im Dezember 1987 bat Bundeskanzler Kohl Präsident Pinochet in einem Schreiben

eindringlich, den in Gang befindlichen Demokratisierungsprozess in Chile voranzubringen und allen politischen Kräften, die eine Rückkehr zur Demokratie erstreben, faire und gleiche Chancen einzuräumen. Gleichzeitig erwarteten Regierung und Bürger der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte.²⁰

Anlass des Schreibens war die anstehende Entscheidung der Bundesregierung über einen Weltbankkredit in Höhe von 250 Mio. US\$ an Chile. Im Bundeskabinett bestanden unterschiedliche Auffassungen dazu. Während Arbeitsminister Blüm gegen den Kredit war, setzte sich der Entwicklungshilfeminister Klein (CSU) dafür ein. Der Bundeskanzler entschied schließlich zugunsten des Kredits, richtete aber gleichzeitig besagtes Schreiben an Präsident Pinochet. Eine eher ungewöhnliche Maßnahme zur Einflussnahme auf die Entwicklung in einem anderen Land.

Dennoch blieb die Lage in Chile angespannt. Im Januar wurden der führende Christdemokrat Genaro Arriagada sowie der Chefredakteur und ein weiteres Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Hoy*, Abraham Santibañez und Alejandro Guillier, verhaftet, wogegen CDU-Generalsekretär Geissler sogleich protestierte und ihre sofortige Freilassung forderte.

Anfang März 1988 kamen der PDC-Vorsitzende Patricio Aylwin, Generalsekretär Gutenberg Martínez sowie Enrique Krauss auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Deutschland, wo sie nicht nur Bundeskanzler Kohl und weitere CDU-Präsidiumsmitglieder über die Situation in Chile

²⁰ Zit. nach Bundespresseamt, *Informationsfunk* Nr. 284 vom 17.12.1987; vgl. auch *Die Welt* vom 16.12.1987.

informierten, sondern auch CSU-Chef Strauss, den FDP-Vorsitzenden Genscher und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. Nachdem in Chile Anfang Februar eine Mehrparteienallianz zugunsten einer gemeinsamen Vorbereitung auf das Plebiszit zustande gekommen war, konnte die Delegation nun auch in Deutschland zu einem abgestimmten Verhalten der deutschen Parteien gegenüber den Entwicklungen in Chile beitragen.

In der zweiten Augushälfte 1987 reiste der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle zusammen mit dem Abgeordneten Werner Schreiber nach Chile, wo sie mit führenden Christdemokraten und Vertretern anderer Parteien und Organisationen der "Kampagne für das Nein" zusammentrafen. Mit dem deutschstämmigen Mitglied der Militärjunta und Chef der Luftwaffe, General Fernando Matthei, führten die beiden Politiker ein Gespräch. Matthei versicherte ihnen, die Armee werde die in der Verfassung garantierten Spielregeln einhalten und auch ein "Nein" des Volkes gegenüber Pinochet akzeptieren. Den Vorsitzenden der christdemokratischen Jugendverbandes Felipe Sandoval, der wegen Beleidigung der Streitkräfte verhaftet worden war, wollten die Politiker im Gefängnis besuchen, doch wurde ihnen der Zutritt verwehrt. Zwei Tage vor dem Eintreffen von Rühle in Chile, waren die Todesurteile gegen drei der 14 Verurteilten in lebenslange Haftstrafen umgewandelt worden. Rühle unterstrich in seinen Gesprächen und Interviews einmal mehr die Notwendigkeit, eine Mehrheit für ein "Nein" beim Plebiszit zu mobilisieren; dann gebe es die Chance zu einem Übergang zur Demokratie. Die Unterstützung der CDU, u.a. durch die Entsendung von Wahlbeobachtern, sagte Rühle zu.

Der Ausgang des Plebiszits in Chile, bei dem die Absicht General Pinochets, für acht weitere Jahre im Amt bestätigt zu werden, von 54,7% der Bevölkerung mit "Nein" zurückgewiesen wurde, ist von der CDU mit großer Genugtuung kommentiert worden. Noch im Oktober reiste CDU-Generalsekretär Geissler nach Chile, um sich vor Ort über das weitere Vorgehen in Vorbereitung der nun für Dezember 1989 vorgesehenen ersten freien Wahlen zu informieren. Geissler ließ keinen Zweifel daran, dass aus Sicht der CDU der PDC das Recht zustünde, einen Präsidentschaftskandidaten zu benennen, der nach Möglichkeit die Unterstützung aller demokratischen Parteien Chiles erhalten sollte. Die Ernennung des PDC-Vorsitzenden Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidat erschien Geissler konsequent, nachdem jener bereits die "Kampagne für das Nein" angeführt hatte. Mit dieser Stellungnahme aber hat Geissler manche chilenischen Gesprächspartner und auch PDC-Mitglieder überrascht, für die eine Nominierung von Aylwin kei-

neswegs eine ausgemachte Sache war. Vielmehr konnte sich die Partei erst nach einer heftigen Auseinandersetzung auf dessen Nominierung verständigen.

Im Rahmen des Wahlkampfes reiste Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidat der "Konzertation der Parteien für die Demokratie" im September 1989, einmal mehr auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit einer größeren Delegation nach Deutschland. Hier traf er nicht nur mit den Vorsitzenden der CDU/CSU und der SPD zusammen, vielmehr wurde er auch von Bundespräsident Weizsäcker empfangen – eine außergewöhnliche Geste gegenüber einem ausländischen Oppositionspolitiker, die die Verbundenheit der deutschen Demokraten mit den Entwicklungen in Chile ausdrückte. In Chile selbst hat diese Deutschland-Reise, die Aylwin mit dem Besuch einiger anderer europäischer Länder verband, große Aufmerksamkeit erlangt. In den Medien wurde ausführlich darüber berichtet. Aylwin konnte damit seinen Landsleuten demonstrieren, dass die politische Öffnung und Demokratisierung die jahrelange Isolation des Landes beenden werde. Nach Einschätzung chilenischer Meinungsforscher hatte diese Auslandsreise eine unmittelbare Auswirkung auf das Wahlverhalten im Dezember 1989.

Patricio Aylwin und die Parteien der "Konzertation" gewannen mit deutlichem Vorsprung die Wahlen am 11. Dezember 1989. Aylwin trat am 11. März 1990 sein Amt an, am gleichen Tag wurde das Parlament wiedereröffnet. Damit war Chile zumindest formal wieder eine Demokratie. Zugleich waren damit auch die beiden zentralen Ziele der jahrelangen Solidaritätsaktionen der deutschen CDU erreicht: die Rückkehr Chiles zur Demokratie und die Bestätigung der PDC als der stärksten Partei des Landes. Anlässlich der Amtseinführung von Präsident Aylwin war die CDU mit einer stattlichen Delegation präsent, die von Arbeitsminister Blüm angeführt wurde. Gekommen waren auch Bernhard Vogel, der Vorsitzende, und Josef Thesing, der für die internationale Arbeit zuständige Bereichsleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, nachdem diese, wie ein Zeitungskommentator konzedierte, "viel für die Wiederkehr der Demokratie in Chile getan" hatte.²¹

5. Die CDU und Chile nach der Rückeroberung der Demokratie

Nach dem Regierungsantritt von Präsident Aylwin wollten die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung die neue Regierung unterstützen und einen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Chile leisten. Ungewöhnlich

²¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14.3.1990.

schnell gewährte die Bundesregierung einen ersten Kredit über 44 Mio. DM, der bei einem Besuch von Präsident Aylwin in Deutschland im April 1990 vereinbart wurde. Bis August wurden die vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik bereits auf 111 Mio. DM erhöht. Bei der Vorbereitung der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine wichtige Vermittlerrolle gespielt, solange die offiziellen Regierungskanäle noch nicht funktionierten; schließlich war bis zum 10. März 1990 noch die Pinochet-Administration im Amt. Die unbürokratische Wiederaufnahme der offiziellen Zusammenarbeit war nicht zuletzt Ergebnis der engen politischen Partnerschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen der CDU und der PDC gewachsen war. Das wurde unterstrichen durch den Besuch des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl im Oktober 1991 in Santiago. Seine erste größere Auslandsreise außerhalb Europas und der USA nach der deutschen Wiedervereinigung begann er in Chile, womit er den politischen Stellenwert des Landes für die Außenbeziehungen Deutschlands hervorhob.

Diese engen und harmonischen Beziehungen wurden jedoch wenige Monate nach dem Kohl-Besuch vorübergehend stark belastet, als im Februar 1992 der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, in die chilenische Botschaft in Moskau flüchtete und Chile um politisches Asyl bat. Neben den Sozialisten zeigten zunächst auch einige andere Angehörige der chilenischen Koalitionsregierung eine gewisse Bereitschaft, Honecker aufzunehmen. Offensichtlich aufgrund einer Fehleinschätzung der chilenischen Botschaft in Bonn war man daher in Santiago überrascht von der deutschen Kritik an einer möglichen Asylgewährung für Honecker. Die CDU machte über informelle Kontakte deutlich, dass dies nicht akzeptabel wäre. Im Gegensatz zu den Sozialisten lehnte die PDC es ab, Honecker Asyl zu gewähren. Doch es dauerte sieben Monate, bis man innerhalb der chilenischen Regierung übereinkam, ihn der deutschen Justiz zu überstellen.

Diese Episode konnte die Beziehungen zwischen der CDU und der PDC nicht dauerhaft trüben. Auch weiterhin gibt es enge Kontakte, die durch regelmäßige beiderseitige Besuche hochrangiger Repräsentanten der Parteien unterstrichen werden. Zwar gibt es seit Anfang der neunziger Jahre vor dem Hintergrund der Konsolidierung der Demokratie in Chile keinen Anlass mehr für öffentlichkeitswirksame politische Aktionen seitens der CDU. Doch stellen sich in den letzten Jahren neue Themen und Aufgaben, die eine Abstimmung notwendig machen. Die CDU und die PDC sind die wichtigsten "christlich-demokratischen" Parteien in Europa und Lateinamerika. Sie

empfinden beide eine Verantwortung, die gemeinsamen Grundpositionen in die internationale Debatte und Parteienzusammenarbeit einzubringen. Gegenüber den politischen Konsequenzen der Globalisierung sucht man gemeinsame Positionen. Zudem sind die persönlichen Bindungen eng genug, um auch in den nächsten Jahren das Geflecht der Beziehungen weiter zu knüpfen.

6. Die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Verhältnis der CDU zu Chile wäre nur unvollständig beschrieben, wenn nicht die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung wenigstens kurz erwähnt werden würde. Die Stiftung führt ihre Programme selbstständig durch. Ihre politischen Ziele in Chile waren bzw. sind, beizutragen zur Stärkung (und in den Zeiten der Militärregierung: zur Rückeroberung) und Konsolidierung der Demokratie und zur Verwirklichung von sozialen Reformen und sozialer Gerechtigkeit. Dazu arbeitet die Stiftung u.a. mit der PDC zusammen und unterstützt Bildungs- und Beratungsprogramme für PDC-Mitglieder, denn sie betrachtet die Existenz starker demokratischer Parteien als eine Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie. Die Ziele der Stiftungsarbeit in Chile stimmen daher mit denen der CDU überein. Deshalb werden in Chile die Aktivitäten der Stiftung auch als Ausdruck des politischen Willens der CDU wahrgenommen.

Tatsächlich konnte die Stiftung aufgrund ihrer operativen Kapazitäten in den Jahren der Diktatur einen Beitrag leisten, damit demokratische Alternativen und damit vor allem auch die PDC als politische Kraft überleben konnten, damit ein Dialog zwischen verschiedenen Parteien zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Verständigung über die Regimetransformation zustande kam, damit eine politische Elite ausgebildet wurde und sich auf die Übernahme politischer Verantwortung vorbereiten konnte und damit die chilenischen Demokraten Ansprechpartner im Ausland hatten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Meinungsbild über Chile innerhalb der CDU entscheidend mitgeprägt. Aufgrund ihrer vielfältigen Aktivitäten hat die Stiftung daher entscheidenden Anteil an der Ausgestaltung der Beziehungen der CDU zu Chile.

7. Ausblick

Chile hatte viele Jahre lang eine bevorzugte Stellung im Rahmen der Außenbeziehungen der CDU. Aufgrund der demokratischen Normalisierung im Land, aber auch des erweiterten Spektrums der Außenbeziehungen der CDU, beispielsweise durch das Entstehen neuer Partnerparteien im Rahmen der Systemtransformationen in Mittel- und Osteuropa, hat sich die privilegierte Position Chiles ebenfalls "normalisiert". Dennoch steht zu erwarten, dass aufgrund der politischen und menschlichen Nähe die christlichen Demokraten Chiles bis auf weiteres die wichtigsten außereuropäischen Partner der deutschen Christdemokratie bleiben werden.